

FRIEDENS JOURNAL



Kriegsdrohungen oder Völkerrecht ?



- Wer oder was legitimiert den UNO-Sicherheitsrat?
- Afghanistan: Im Einklang mit UNO und Völkerrecht?
- Iran: Wohin führt die verstärkte Drohkulisse?
- Niederlande: Erfolgreicher Widerstand gegen Kriegspolitik
- UNO: Folgekonferenz zum Atomwaffensperrvertrag
- Deutschland: Widerstand gegen Bundeswehr an Schulen

Inhalt

SCHWERPUNKT

Legitimation des UN-Sicherheitsrates 3

THEMA

Iran: Sanktionen mit Kollateralschaden 6

GASTBEITRAG

Die Niederlande und die NATO. 8

INTERVIEW

UNO als Garant des Völkerrechts? 5

FRIEDENSBEWEGUNG

NPT-Folgekonferenz der UNO 10
Sommerakademie 12
Töten und Sterben bei der Bundeswehr 13

RUBRIKEN

Im Blickfeld: 7, 10, 14
Buchbesprechung 15
Rückseite 16

Bildnachweis:

Titelseite: Seite 5, Seite 8: Wikipedia
Seite 4, Seite 11, Seite 13: Flickr

Das nächste Friedensjournal erscheint am
17.07.2010

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solipreis von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-3738
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß,
Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal,
Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski,
Horst Trapp, V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,

Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Die UNO im Fokus: Quo vadis?

Liebe Leserinnen und Leser,

wir nehmen die bei Redaktionschluss noch laufende UN-Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag (NPT-Vertrag) zum Anlass, in dieser Ausgabe die derzeitige und künftige Rolle der UNO im Kampf für Frieden, Abrüstung und Völkerrecht zu beleuchten. Dieser Kampf findet im Plenum der UNO-Vollversammlung mehr denn je statt. Fragwürdig sind aber mittlerweile einige Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates, von denen bekannt ist, dass bei Resolutionen, die von Seiten der USA und NATO eingebracht werden, viel Druck speziell auf die Veto-Mächte Russland und China ausgeübt wird. Umgekehrt haben die USA ja schon immer zahlreiche unliebsame Resolutionen per Veto verhindert.

Unser Autor Werner Ruf untersucht in seinem Beitrag die verhängnisvolle Entwicklung, die zur Verselbständigung und gewissermaßen Selbstverständlichkeit sogenannter humanitärer Interventionen geführt hat. Vor diesem Hintergrund darf es auch sehr kritisch gesehen werden, dass der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr auf einem Mandat des UNO-Sicherheitsrates beruht. Inwieweit dieses Mandat dem Kriegseinsatz in Afghanistan noch Legitimität verschafft, haben wir in unserem Interview Norman Paech gefragt.

Unser Gastbeitrag kommt diesmal aus Holland, über dessen politische Landschaft hierzulande leider sehr wenig bekannt ist. Der Bruch der holländischen Regierungskoalition an der Afghanistanfrage im Februar war für uns als Redaktion der Anlass, den außenpolitischen Sprecher der Sozialistischen Partei um einen Gastbeitrag zu bitten. Einige Parallelen zu hiesigen Verhältnissen sind demnach durchaus bemerkenswert.

Der eigentliche Anlass unseres thematischen Schwerpunktes dieser Ausgabe wird natürlich auch behandelt. Eine erste Zwischenbilanz der bei Redaktionsschluss noch laufenden NPT-Konferenz zieht in einem Beitrag aus New York die IPPNW-Abrüstungsexpertin Xanthe Hall. Ihr Beitrag zeigt, dass die große Mehrheit der staatli-

chen Vertreter in der UNO und auf UNO-Konferenzen keineswegs ominöse Positionen vertritt, die hierzulande unter dem Begriff „internationale Staatengemeinschaft“ (Norman Paech: „ein Euphemismus“) propagandistisch verkauft werden. Die Präsenz der Friedensbewegung in New York mit Straßenaktionen und kritischer Begleitung der NPT-Konferenz über zahlreiche NGO's ist deshalb wichtig und notwendig.

Bei uns in Deutschland spielt derzeit die Krise der Eurozone vor dem Hintergrund des drohenden Staatsbankrotts Griechenlands eine dominierende Rolle. Unterbelichtet bleibt hierbei, dass trotz der Griechenland verordneten Sparmaßnahmen, wie Lohnsenkungen, Erhöhung des Rentenalters und Abbau der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gleichzeitig die Rüstungsausgaben auf hohem Niveau beibehalten werden, deren Anteil am Staatshaushalt doppelt so hoch ist wie in Deutschland. Dass diese nicht angetastet werden, liegt an der Bedeutung Griechenlands für Rüstungsexporte deutscher und französischer Firmen.

Dass drastische Verschlechterungen nach griechischen Vorbild auch bei uns anstehen, ist wohl nur eine Frage der Zeit. Für uns als Friedensbewegung ist es deshalb besonders wichtig, bei den sozialen Bewegungen präsent zu sein. Wir haben auf der letzten Seite dieser Ausgabe den Aufruf zu zentralen Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ in der Kurzfassung abgedruckt. Zugegeben, der notwendige Hinweis, dass Krisenbewältigung nicht mit Militärprodukten und Aufrüstung zu bewältigen ist, erscheint darin nur ganz am Ende. Das dieses Thema künftig bei den sozialen Auseinandersetzungen nicht mehr randständig bleibt, sondern entsprechend seiner tatsächlichen Bedeutung gewürdigt wird – siehe Griechenland – ist unsere Aufgabe. Deshalb müssen wir uns bei diesen Demonstrationen nicht nur beteiligen, sondern auch den Zusammenhang von Krise, Rüstungsausgaben und Rüstungsexporten thematisieren.

Karl-Heinz Peil

Wer oder was legitimiert den UNO-Sicherheitsrat?

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik

Unter dem Eindruck der grauenhaften Verwüstungen und der –zig Millionen Getöteter des zweiten Weltkriegs entschloss sich die Staatengemeinschaft, ein umfassendes Vertragswerk zu schaffen mit dem Ziel, „Bedrohungen des Friedens zu verhüten ... Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationalen Streitigkeiten ... durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.“ (Art. 1, Charta). Träger dieser Ordnung, der mittlerweile nahezu die Gesamtheit der Staaten des Planeten angehört, sind die souveränen Staaten, die sich verpflichten, „ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel (beizulegen)“ und „in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete ... Androhung und Anwendung von Gewalt (zu unterlassen)“. (Art. 2.3 und .4, Charta).

Neben dieser neuen internationalen Rechtssetzung haben die Vereinten Nationen Großes geschaffen: Hierzu gehören insbesondere die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948, die Dekolonisation der ehemaligen Kolonialgebiete, das Übereinkommen gegen Folter und viele, viele andere Konventionen, die alle dem Schutz der Menschen und dem Ziel dienen, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.“ (Art. 1.3 Charta).

Nicht zu vergessen ist die Vielzahl der Sonderorganisation von UNESCO bis UNICEF, von Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis zur Welternährungsorganisation (WHO), deren Arbeit sich an diesen Zielen orientiert

und die heute aus dem internationalen Leben nicht mehr weg zu denken sind.

„Manche sind gleicher als gleich“

Doch die schöne, in Kapitel I der Charta entworfene Welt hat Schattenseiten: Da ist einerseits der in Art. 2.1 festgeschriebene Grundsatz der Gleichheit aller Staaten – doch in jenem Organ, das lt. Kapitel VI und VII den Weltfrieden sichern soll, wird dieser bereits relativiert, gehören dem Sicherheitsrat doch neben zehn nichtständigen und von der Generalversammlung für jeweils zwei Jahre gewählten Mitgliedern fünf Ständige Mitglieder an, die jedes für sich das Recht besitzen, jeden Beschluss einer wie auch immer gearteten Mehrheit zu blockieren. Diese fünf Mächte sind die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, sie sind auch die fünf international anerkannten Atommächte. Zynisch aber treffend kommentierte der frühere stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard L. Armitage diesen Zustand so: „Die UNO ist eine Organisation von gleichen Staaten, aber manche sind gleicher, und wir sind die Nr. 1 unter den Gleichen“.

UNO ohne demokratische Gewaltenteilung

Ein weiteres Defizit ist, gemessen an den Prinzipien bürgerlich-demokratischer Verfassungen, die Nicht-Existenz einer Gewaltenteilung in der UNO. Gegenüber den Entscheidungen des Sicherheitsrats gibt es keine Kontrollinstanz: Zwar kann die Generalversammlung der UNO allgemeine Grundsätze beschließen, die dann auch zu völkerrechtlich verbindlichen Normen werden, aber der Sicherheitsrat selbst untersteht nicht der Kontrolle durch ein wie auch immer geartetes Parlament (dies könnte die Generalversammlung sein). Auch hat der Internationale Gerichtshof, ein weiteres Organ der UNO, keine Normenkontrollkompetenz gegenüber der Exekutive, dem Sicherheitsrat. Dessen Entscheidungen können daher nicht auf ihre

Konformität mit dem Völkerrecht im Allgemeinen und mit der Charta im Besonderen überprüft werden.

Schließlich kann der internationale Gerichtshof zu Streitigkeiten zwischen den Staaten Rechtsgutachten erstellen, er kann auch Urteile fällen, aber er kann diese nicht durchsetzen. Die unterlegene Partei kann sich an den Sicherheitsrat wenden. Dieser kann dann, wenn er will und kann, „Empfehlungen abgeben oder Maßnahmen beschließen ...“. (Art. 94.2 Charta).

Sicherheitsrat: Kein juristisches Organ

Der Sicherheitsrat ist daher nicht zu verstehen als ein juristisches Organ, sondern als eine eminent politische Einrichtung, die allerdings durch ihre Entscheidungen maßgeblich an der Weiterentwicklung des Völkerrechts beteiligt ist. Dies führt zu dem auf den ersten Blick grotesk erscheinenden Befund, dass während des Kalten Krieges das in der Charta festgeschriebene Recht offensichtlich mehr Beachtung fand als in der Zeit danach. Dabei geht es hauptsächlich um den Art. 2.7 der Charta, in dem der UNO „die Befugnis zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören“, abgesprochen wird. Zwar gab es auch schon vor 1989/90 Fälle von Interventionen, wie etwa Aktionen der USA in Lateinamerika oder den Einmarsch der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation in die CSSR, bei der sich dieses Bündnis auf die so genannte Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten berief, aber: Solche Verletzungen der Charta blieben Ausnahmen und fanden nie einen Konsens in der Staatenwelt.

Dies änderte sich im Zeitpunkt des Endes der Systemkonfrontation, als erstmals im Zusammenhang mit dem zweiten Golfkrieg Menschenrechtsfragen, konkret die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in Irak, explizit zum Gegenstand einer Resolution

(688) des UN-Sicherheitsrats gemacht und die dortigen innerstaatlichen Verhältnisse als „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ bezeichnet wurden. (Bei der Abstimmung dieser Resolution enthielten sich China und Indien, Jemen, Kuba und Zimbabwe stimmten dagegen).

„Responsibility to Protect“

Diese Resolution stellte gewissermaßen einen Dambruch dar: Die nächste „humanitäre Intervention“ folgte auf dem Fuße in Somalia und bereits mit Beteiligung der Bundeswehr.



Foto: Plenum der UNO-Folgekonferenz zur Einhaltung und Fortschreibung des Kernwaffensperrvertrages (NPT-Konferenz), Eröffnungssitzung am 3.5.2010

Diese Formel ist Voraussetzung für das Tätigwerden des Sicherheitsrats nach Kap. VII der Charta. Zugleich verlangte der Sicherheitsrat, dass der Irak den internationalen humanitären Organisationen „sofortigen Zugang“ zu allen hilfsbedürftigen Personen in allen Teilen des Irak gewährt – eine klare Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Und: Diese bis dahin völkerrechtswidrige Intervention erfolgte nicht, wie in den – wenigen – früheren Fällen durch einen Mitgliedsstaat wie die USA oder die Sowjetunion, sondern durch das supra-nationale Gewaltmonopol selbst, das der Sicherheitsrat ja darstellt.

Inzwischen ist die Zahl der „humanitären Interventionen“ kaum mehr zu zählen, ja der damalige Präzedenzfall mit seinem Verweis auf eine Art internationaler Moral kann auch geradezu als Verpflichtung zur Intervention gedeutet werden, wenn dies geboten erscheint. Und in der Tat: Im Jahr 2000 wurde eine *International Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS) eingerichtet. Sie entwickelte das Konzept einer Verantwortung zum Schutz (*Responsibility to Protect*, kurz: R2P). Dieses Konzept liegt der Vollversammlung der Vereinten Nationen vor, ist aber nicht endgültig verabschiedet, obwohl die Staaten der westlichen Welt so tun, als sei dieses Konzept bereits völkerrechtlich verankert. R2P soll die Menschen vor Katastrophen, vor Massenmord, Vergewaltigung, Hunger schützen. Wenn die Staaten, in denen solche Ereignisse geschehen, selbst nicht willens oder fähig sind, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, sollen die Staa-

ten diese Schutzfunktion wahrnehmen, die dazu in der Lage sind. Worum es wirklich geht, macht eine Studie des Londoner IISS deutlich, die feststellt, dass es „keine universelle Anwendung“ der R2P geben kann, da die Staaten nur dort handeln könnten, wo sie dazu auch wirklich fähig wären. Dies heißt im Klartext, dass diese Interventionen selektiv erfolgen werden – und vermutlich nur dort, wo die Staaten, die über die Fähigkeit zur Intervention verfügen, ihre eigenen Interessen schützen oder durchsetzen wollen.

„R2P“: Selektive Anwendung

Dieses Konzept wird in den westlichen Kanzleien gehandelt, als sei es bereits gültiges Völkerrecht. Angesichts der Lage in der Welt, in der Umweltkatastrophen, Hunger, Bürgerkrieg und Massenmord schon geradezu alltäglich geworden sind und dank der Folgen des vom industrialisierten Norden verursachten Klimawandels rasant zunehmen werden, dürfte es an Anlässen für Interventionen kaum mangeln. Der UN-Sicherheitsrat erteilt immer großzügiger Mandate an einzelne Staaten oder Staatengruppen, wie dies die Interventionen in Elfenbeinküste, Tschad, Kongo und andernorts zeigen, ja, in dem Maße, in dem sie durchgeführt werden, werden sie zunehmend zur Normalität. Zu befürchten ist, dass – unter Berufung auf R2P – die großen Staaten dieser Welt demnächst auf ein Mandat des Sicherheitsrats werden verzichten können und ihre „humanitären Interventionen“ im Alleingang und in eigener Verantwortung durchführen. Der „letzte Schutzschild“ der formalen Souveränität (N. Paech) ist durch die faktische Abschaffung des Art. 2.7 der Charta demoliert. Unter der Hegemonie der „Nr. 1 unter den Gleichen“ und mit den Vereinten Nationen als Geburtshelfer droht die Welt in jene Anarchie zurück zu fallen, zu deren Beseitigung die Weltorganisation vor 65 Jahren gegründet worden war.

Ist das Völkerrecht ein Auslaufmodell?

Interview mit Norman Paech, emer. Professor für Völkerrecht, Hamburg



FJ: Inwieweit steht die UNO noch für die moralische Instanz zur Durchsetzung des Völkerrechts?

Wer sollte es sonst sein? Die USA? Die EU? Die G8 oder die NATO? Nein, bei aller Kritik an den Defiziten der UNO, sie ist die einzige Institution mit universeller Legitimation. Ihre Gründungsurkunde ist Basis und Kern des geltenden Völkerrechts. Ihre Organisationen regeln über 90 % des internationalen Verkehrs, und wenn sie durch einzelne Staaten erpresst oder missbraucht werden, sollte man den Täter hauen und nicht das Opfer. Die UNO stellt das höchste Gericht mit Richtern aus allen Rechtskulturen, das mehr für die Anerkennung des Völkerrechts getan hat, als jede andere Institution.

FJ: Nehmen wir als jüngstes Beispiel den Goldstone-Bericht über Kriegsverbrechen im Gaza-Streifen durch die israelische Armee, aber auch über Verbrechen der Hamas. Neben mehrheitlich sehr positiven Reaktionen - auch in der UN-Vollversammlung - gab es natürlich auch unterschiedene Ablehnung. Hat der Goldstone-Bericht letztlich die UNO als Autorität eher gestärkt oder geschwächt?

Die Goldstone-Kommission war eine Kommission der UNO, genauer des Menschenrechtsrats. Ihre vier internationalen Mitglieder waren absolut unabhängig, ihre Qualifikation unantastbar und ihr Bericht über jeden Zweifel der Voreingenommenheit oder Einseitigkeit erhaben, wenn auch vernichtend für die israelische Regierung

und Armee. Es gab mehrere Untersuchungen und Berichte anderer Organisationen, die zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind, aber nicht über die gleiche Autorität und Reputation verfügen. Die UNO hat auch mit diesem Bericht ihre einmalige Stellung und Bedeutung für die Beziehungen der Staaten untereinander erwiesen. Wenn einige Staaten ausscheren und sich nicht an die Normen der UNO halten, sollten sie von den anderen Staaten nicht unterstützt, sondern sanktioniert werden.

FJ: Immer häufiger wird heute der Begriff der "internationalen Staatengemeinschaft" gebraucht. Zuletzt fand man diese Wortwahl vor allem in Bezug auf die Unterstützung bzw. das Eingreifen in Haiti. Wofür steht dieser Begriff?

Der Begriff ist ein Euphemismus, so wie die Bezeichnung „Kap der Guten Hoffnung“, die über die Gefahren der südlichen Spitze für die Seefahrt hinwegtrösten sollte. Die „Staatengemeinschaft“ steht für ein Ziel, welches angesichts der scharfen Konkurrenz, Rivalität und den Kriegen unter den Staaten derzeit nur verbal zu erreichen ist.

FJ: Den Afghanistan-Krieg kann man sehr unterschiedlich umschreiben, z.B. als ISAF-Mission, die von einem UNO-Mandat legitimiert ist und u.a. auch von Russland und China unterstützt wird - oder auch als Besatzungsstatus, der aus einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg resultiert und der von eskalierenden Kriegsverbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung geprägt ist. Wie passen beide Definitionen bzw. Sichtweisen zusammen?

Der Afghanistan-Krieg ist für Deutschland immer noch eine ISAF-Mission mit einem gültigen UNO-Mandat, für die USA zudem noch eine Antiterroroperation (OEF), aus der sich Deutschland 2008 herausgezogen hat. Inzwischen haben aber die zahlreichen Exzesse der Kriegsführung und offen-

sichtlichen Kriegsverbrechen das Kriegsgeschehen vom ursprünglichen Mandatsziel so sehr entfernt, dass der UNO-Sicherheitsrat sein Mandat zurückziehen sollte, anstatt es Jahr für Jahr zu erneuern und an den Krieg anzupassen. Der Antiterrorkampf der OEF entbehrt schon seit langem der Rechtfertigung aus Art. 51 UN-Charta. Seine Zusammenlegung mit ISAF verschafft ihm keine Legitimation, sondern zerstört die der ISAF. Faktisch gleicht die militärische Anwesenheit der 46 Staaten unter Führung der USA immer mehr einer Besatzung als einer Hilfe, gegen die sich der Widerstand zur Wehr setzt. Juristisch kann sich die Koalition jedoch immer noch auf das ISAF-Mandat und die Einladung der afghanischen Regierung berufen. Die Interessen auch der Nachbarstaaten gleichen offensichtlich immer noch zu sehr denen der Interventionsmächte, als dass der UN-Sicherheitsrat politisch in der Lage wäre, die Truppen zurück zu beordern.

FJ: Steht die schwarz-gelbe Bundesregierung in Bezug auf die Gewichtung des Völkerrechts in der Kontinuität ihrer Vorgänger, oder gibt es hier signifikante Veränderungen?

Ich vermag keine allzu großen Unterschiede zu erkennen. Alle vier Parteien in den letzten Koalitionen stimmen in der Frage der völkerrechtlich bedenklichen Einsätze der Bundeswehr ob in Afghanistan, vor den Küsten Libanons, im Sudan oder bei der Pirateriebekämpfung überein. Sie schauen in gleicher Weise über die völkerrechtlichen Katastrophen der israelischen Besatzung und des Gaza-Krieges hinweg. Beide Regierungen duldeten den Skandal Guantánamo und dulden jetzt noch AbuGraib. Nur die Beteiligung am Irakkrieg haben sie unterschiedlich eingeschätzt. Die neue Koalitionsregierung wird die Entscheidung über einen nächsten Einsatz der Bundeswehr zweifellos noch weniger am Völkerrecht als an vermeintlich eigenen bzw. Bündnisinteressen ausrichten.

Unkluge Kollateralschaden „smarter“ Sanktionen gegen Iran

von Ali Fathollah-Nejad, Deutsch-iranischer Politologe; derzeit Gastdozent für Globalisierung und Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten an der University of Westminster, London



Das saisonale Aufflackern der Kriegstreiber fand ihren Höhepunkt Anfang Februar d.J. in dem Aufruf des US-Neokonservativen Daniel Pipes an Barack Obama, Iran zu bombardieren, um seine Präsidentschaft zu retten. Kurz zuvor hatte Tony Blair – als er ausführte, wie er dabei half, den Irak zu überfallen – noch ominös bemerkt, dass „wir heute beim Iran vor dem selben Problem stehen“. Und ganze 58 Male führte er den Namen Iran im Munde. Der Chilcot-Untersuchungsausschuss in Großbritannien über die Ereignisse rund um den Irak-Krieg fiel zynischerweise mit einer beachtlichen militärischen Aufrüstung in der Region des Persischen Golfes zusammen. Im März wurde gemeldet, dass hunderte Bunker brechende Bomben von Kalifornien auf die Insel Diego Garcia im Indischen Ozean verschifft wurden, von wo aus die letzten zwei Angriffe auf den Irak geflogen wurden. All dies ereignet sich inmitten der fortgesetzten Anstrengungen der iranischen Bürgerrechtsbewegung und Verlautbarungen westlicher Politiker diese unterstützungswert zu halten. Doch gibt es Anzeichen für Letzteres?

Im Gegensatz zu Krieg werden Sanktionen weithin als notwendige, nachgerade gesunde Medizin betrachtet, mit der ein Kurswechsel beim politischen Opponenten erwirkt werden kann. Die Geschichte des Konfliktes

zwischen dem Westen und Iran bescheinigt jedoch, dass Sanktionen eher die Krise am Leben hielten, als dass sie zu ihrer Beilegung beitrugen. Dessen ungeachtet scheinen westliche Regierungen eine regelrechte Faszination für Sanktionen nicht eingebüßt zu haben.

Der anfängliche Ruf nach „lähmenden Sanktionen“ verstummte zunächst, als im letzten Sommer die eindrucksvolle „grüne“ Welle die Straßen Teherans bedeckte, nicht zuletzt aus der Besorgnis heraus, ebenjene zu lähmen. Heute sind Sanktionen wieder in aller Munde, nur schmücken die gutartig klingenden Adjektive „klug“ oder „gezielt“ die nunmehr angestrebten Strafmaßnahmen. Ein genauer Blick jedoch lässt hierbei eine gehörige Portion Wunschenken zutage treten.

Gigantische Dimension „smarter Sanktionen“

„Smarte Sanktionen“, so wird behauptet, seien ein Zaubermittel, womit das Böse enthauptet würde. Im Falle Irans wird nun das Böse mit den Revolutionsgarden identifiziert. Ursprünglich zur Verteidigung des Landes gegen den irakischen Angriff in den 80er Jahren errichtet, haben sich die Garden zu einem expansiven gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Konglomerat entwickelt, denen eine unvergleichliche Macht in der heutigen Islamischen Republik zugesprochen wird.

„Kluge Sanktionen“ sollen demnach gezielt die Position der Garden innerhalb der iranischen Machtstruktur beschädigen. Vernachlässigt wird jedoch die logische Folgerung aus der Tatsache, dass sich ein Großteil der iranischen Wirtschaft in den Händen der Garden befindet: Die in die Hunderttausende gehenden Zivilisten und ihre Familien, deren Auskommen mit den weitgefächerten Wirtschaftsbranchen der Garden verbunden ist, würden ebenso getroffen. Dies lässt die

gigantische Dimension des angeblich punktuellen Vorhabens solcher Strafmaßnahmen erahnen.

So genannte „lähmende Sanktionen“, welche zuvorderst Irans Benzinzufuhr beschneiden sollen, werden in den USA derzeit auf den Weg gebracht. In Erwartung solcher unilateraler US-Sanktionen haben die weltgrößten Versicherungskonzerne bereits ihren Rückzug aus Iran angekündigt. Ebenfalls haben weltweit führende Benzinhändler ihre Lieferungen, die vor Kurzem noch die Hälfte iranischer Einfuhren abdeckten, eingestellt. Dies betrifft in empfindlichem Maße sowohl den Finanz- und Schiffssektor und verteuert die Benzineinfuhren Irans, der fast die Hälfte seines Verbrauchs importieren muss. Auch hierbei ist die Bevölkerung die Leidtragende. Hinzu kommt, dass eine vollständige Implementierung solcher Handelssanktionen eine Meeresblockade notwendig machen würde, was jedoch einem Kriegsakt gleichkäme.

Die Zivilbevölkerung lähmen

Wie Persönlichkeiten aus der iranischen Zivilgesellschaft und auch Ökonomen betonen, wird der Preis von Sanktionen von der breiten Bevölkerung getragen. Irans Wirtschaft – von der Produktion, der Landwirtschaft bis hin zum Banken- und Finanzsektor – wurde bereits durch drei Jahrzehnte Sanktionsgeschichte in Mitleidenschaft gezogen. Noch heute können Unternehmen mit Schwierigkeiten ihre Geschäfte aufrechterhalten, da sie bei der Beschaffung notwendiger Gütern mit Einschränkungen zu rechnen haben und nicht selten gezwungen sind, höhere Preise zu zahlen. Des Weiteren leidet auch die wissenschaftliche Community durch den eingeschränkten Zugang zu Forschungsergebnissen weltweit, während technologische Entwicklungen ausgebremst werden.

Die Risiken, die Sanktionen auch für die Zivilgesellschaft darstellen, hat Oppositionsführer Mir-Hossein Mussavi vergangenen Herbst in einer Erklärung zur Sprache gebracht: „Sanktionen würden nicht gegen die Regierung wirken – eher würden sie nur [dem] Volk ernsthaft Leid zufügen [...]. Wir lehnen jede Art von Sanktionen gegen unsere Nation ab,“ schrieb er unmissverständlich. Ebenso äußerte sich sein Mitstreiter Mehdi Karroubi kürzlich in einem Interview gegenüber Corriere della Serra.

Unterdessen verbleibt ein grundsätzliches Problem, was kaum die notwendige Beachtung findet, vor allem von jenen, die der abenteuerlichen Illusion erliegen sind, die Ausgestaltung und Implementierung von Sanktionen mit bestimmen zu können: Iran-Sanktionen werden hauptsächlich von der American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC) konzipiert, dem US-Kongress in den meisten Fällen zum bloßen Durchwinken vorgelegt und schließlich im Finanzministerium vom Under Secretary for Terrorism and Financial Intelligence Stuart Levey – ein AIPAC-Vertrauter – implementiert. Im Zuge dieses ganzen Prozesses spielen die für die iranische Zivilgesellschaft potentiell schädlichen Folgen kaum eine Rolle.

Sanktionen – ob „lähmend“ oder „smart“ – fügen letzten Endes der Bevölkerung Schaden zu. „Kluger Sanktionen“ sind ebenso ein Oxymoron wie „intelligente Bomben“, welche angeblich in gezielter Manier mit „chirurgischen Schlägen“ ausschließlich die üblen Komponenten ausnehmen. Und wie ihre militaristischen Geschwister im Geiste überwiegen schließlich die „Kollateralschäden“ „smarter Sanktionen“. Diese als „klug“ zu empfinden, kann denn nur als purer Zynismus gelten.

Eine stumpfe politische Waffe in der heutigen Welt

Darüber hinaus entpuppen sich Sanktionen in einer globalisierten, zunehmend multipolaren Welt als stumpf-

fe politische Waffe, zumal wenn sie noch auf energiereiche Länder abzielen. Zahlreich sind jene durch Profit gelenkten Akteure, die nur zu froh darüber sind, das von anderen hinterlassene Vakuum zu füllen. Somit haben bislang chinesische, russische, sogar US-amerikanische (via Dubai agierende) Firmen beträchtlich durch den allmählichen, unter Washingtoner Druck erfolgten, Rückzug europäischer Wettbewerber profitiert.

Die in manchen westlichen Politikerkreisen nahezu obsessiv betrachteten Sanktionen sind keine Heilung versprechende Medizin, sondern wirken eher wie ein langsames Gift, die der iranischen Zivilgesellschaft und ihrer Demokratiebewegung zugeführt wird. Als Prototyp wirtschaftlicher Kriegsführung stellen Sanktionen gemeinsam mit dem saisonal aufflammenden Ruf nach Krieg eine gefährliche Mischung dar. Die nun wieder vernehmbaren Kriegstrommeln schlagen wieder einmal auf das pulsierende Herz der iranischen Zivilgesellschaft.

Entwicklung zu Demokratie wird verhindert

Im Gegensatz zu politischen Bekenntnissen schaden Sanktionen der Zivilgesellschaft, während die Stellung der Hardliner zementiert wird. Irans Mittelschicht wird durch diese weitere Isolation des Landes getroffen, zumal Sanktionen ehrliche Händler bestrafen, korrupte wiederum belohnen. Die Gardien, denen man die Kontrolle von unzähligen Häfen am Persischen Golf zurechnet, durch denen sie ein Gros der Importe abwickeln, können weiterhin auf blühende Geschäfte durch oftmals „dunkle Kanäle“ setzen.

So ist der nicht ganz versteckte „Kollateralschaden“ der nimmer enden wollenden Sanktionen ein nachhaltiger Übergang zu Demokratie in Iran. Letzterer würde für den Status-Quo in der Region samt seiner mit dem Westen befreundeten Autokratien ein herrschaftspolitisches Risiko darstellen.

„Chirurgische Schläge“ oder wirkliche Diplomatie?

Die unendliche Sanktions-Geschichte spiegelt denn auch den nahezu verzweifelten Versuch westlicher Politiker wider, im Angesicht widriger Umstände ihren Willen Iran aufzuzwingen, ihrer eigenen „Glaubwürdigkeit“ wegen doch etwas „zu tun“. Ein alles in allem vergebliches, sogar gefährliches, Unternehmen. Denn nicht zuletzt wird zu befürchten sein, dass im Anschluss an „kluge Sanktionen“, der Ruf nach „chirurgischen Militärschlägen“ nicht lange auf sich warten lässt.

Anstatt der illusorischen Hoffnung weiterhin zu erliegen, dass eines nicht allzu fernen Tages Sanktionen ihre erwünschte Entfaltung ausbreiten, müsste man ein für allemal die Bremse ziehen. Der einzige Ausweg wäre, eine Politik zu beherzen, die in der Lage wäre, Hardliner aller Seiten zu entwarnen, deren Geschäft in dem Teufelskreis der Feinseligkeit nur allzu gut gedeiht. Existierende Sanktionen, die oft zivile Güter betreffen, aufzuheben, könnte Wunder bewirken und erheblich die Fundamente konfrontationslustiger Akteure erschüttern.

Trotz unreifer Behauptungen, hat sich der diplomatische Weg nicht erschöpft. Man ist ganz im Gegenteil noch lange davon entfernt. Zumal ein Kernproblem im regionalen Sicherheitsdilemma besteht, wäre es in der Tat wirklich klug, wenn sich der Westen ernsthaft bemühte, die Atommacht Israel an das nukleare Nichtverbreitungsregime zu binden. Die transatlantische „Zwangsdiplomatie“ gegenüber Iran – wie man sie in Diplomatischen Studien zutreffend benennt – sollte somit eingestellt werden, da sie Aussichten auf Frieden und eine Entwicklung hin zur Demokratie trübt.

Weitere Infos:

Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung: Alter Wein in neuen Schläuchen?, Universitätsverlag Potsdam, März 2010

Webseite: www.fathollah-nejad.com

Die Niederlande und die NATO: Sprengsatz Afghanistan

von Harry van Bommel, Mitglied des Unterhauses (Zweiter Kammer) des niederländischen Parlamentes (Generalstaaten) und Außenpolitischer Sprecher der Sozialistischen Partei (SP), Den Haag
Der Gastbeitrag wurde in englisch verfasst und von der Redaktion auf deutsch übersetzt.



Die holländische Regierungskoalition, bestehend aus Christdemokraten (CDA) und der Arbeiterpartei (PvdA) brach im Februar auseinander, nach außen hin wegen der anhaltenden Militärpräsenz in Afghanistan.

Die Niederländer sind in Afghanistan ebenso wie die Deutschen beteiligt. Holländische Kommandoeinheiten leiteten dort Operationen bereits seit Anfang 2002, zusammen mit den Amerikanern, während von 2006 an die Niederlande sich an der ISAF-Mission in der Provinz Urusgan (in Zentralafghanistan) beteiligte. Zwischenzeitlich sind 23 Soldaten der niederländischen Streitkräfte getötet und Dutzende verwundet worden. Ursprünglich war als Ziel anvisiert, in Afghanistan für zwei Jahre zu bleiben, jedoch wurde mittlerweile auf Drängen der US-Regierung daraus ein Langzeitaufenthalt.

Seltene Aufbauziele

Um diese anhaltende Präsenz der holländischen Bevölkerung zu verkaufen, war es notwendig, die Operation als zivile Aufbauhilfe darzustellen: Die Niederlande sei dabei, die Armee einzusetzen, um die Entwicklung eines Bereiches der afghanischen Gesellschaft voranzubringen. In den letzten Jahren ist aber immer mehr in die Öffentlichkeit durchgedrungen, dass die

ser Einsatz nichts mit Entwicklungshilfe oder der flankierenden Unterstützung solcher Aktivitäten zu tun hat, sondern dass hier ein Anti-Guerilla-Krieg stattfindet. Angesichts eines ständig zurückgehenden Rückhalts in der Bevölkerung und zunehmender Opposition hat dieses auch Rückwirkungen auf den Zusammenhalt der Regierungskoalition gehabt. Im September 2009 wurde eine parlamentarische Initiative gebilligt, in der eine eindeutige Stellungnahme der Regierung zur geplanten weiteren Präsenz in Afghanistan verlangt wurde. Die Regierung geriet dadurch unter einen enormen Druck. Die Regierungspartei PvdA hatte bereits früher unter dem Druck von Parteibasis und Wählerschaft erhebliche Bedenken zur weiteren Fortsetzung der Militärpräsenz in Afghanistan formuliert. Zusätzlich kam hierbei eine Vertrauenskrise zwischen den Koalitionspartnern zum Tragen, ausgelöst durch Kontroversen über Haushaltskürzungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise.

Die SP hat wiederholt in sehr konkreter Form darauf hingewiesen, dass ein Erreichen der vorgegebenen Ziele aussichtslos ist, weit weg von Hilfeleistungen und eher ein Beitrag zur Verschärfung der Misere. Trotz der starrsinnigen Verneinung der Regierung wird die Mission untergraben durch ein fundamentales Missverständnis: Der Glaube, dass ein Guerillakrieg umgewandelt werden kann in eine Friedensmission. Unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges jedoch kann nur eine Nothilfe möglich sein, während Frieden und Aufbauhilfe nur nach einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den sich bekämpfenden Kontrahenten möglich sind.

Die extrem korrupte afghanische Regierung wird nur noch durch NATO-Truppen über Wasser gehalten und nutzt diese Position, um in die eigene Tasche zu wirtschaften. Die internationale Hilfe, welche die Bevölkerung über UNO-Hilfsorganisationen erreicht, ist unter den Bedingungen von Krieg

und Korruption völlig unzulänglich. Das UN-Mandat, mit dem die NATO ihre Aktivitäten rechtfertigt, ist angesichts dieser Situation unzureichend.

Generell werden Friedensmissionen von der SP kritisch unterstützt, wenn diese von der UNO getragen und die Kriterien von Legitimität, Verhältnismäßigkeit und Effektivität erfüllen. Die Partei beurteilt jede Anforderung für eine derartige Beteiligung nach Begründungen der politischen und militärischen Ziele, ebenso wie der Risiken eines Einstiegs in die Operation.

Es versteht sich von selbst, dass die Kriterien auf alle out-of-area-Operationen anzuwenden sind. Das neue strategische Konzept der NATO, das im November in Lisabon übernommen werden soll, muss die globalen Bestrebungen der Allianz überprüfen. Aus diesen Gründen hat die SP eine breite gesellschaftliche Debatte angestoßen, durch Veröffentlichung einer Broschüre über die NATO und die Organisation eines Symposiums im Senat.

Obwohl die SP die NATO-Mitgliedschaft aus einer kritischen Perspektive heraus akzeptiert, wird die Partei auch immer Widerstand gegen sinnlose Kriegseinsätze vorbringen. Afghanistan ist eine derartige hoffnungslose Mission, wo Versuche gemacht werden, politische Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen, eine Strategie, die zum Scheitern verurteilt ist.

Diese Einsicht hat inzwischen auch der PvdA gedämmert. Im Januar machte PvdA-Innenministerin Guusje ter Horst einen Vorschlag für Verhandlungen mit den Taliban. Immer mehr Stimmen erheben sich für eine derartige Herangehensweise, da dieses die einzige glaubwürdige Exitstrategie darstellt. Die treibende Kraft dahinter ist die schwindende Zustimmung für die Afghanistan-Mission in den NATO-Mitgliedsstaaten. In Deutschland waren im März 2010 62% der Bevölkerung gegen die Fortsetzung des NATO-Einsatzes. In den Niederlanden waren zur selbigen Zeit 39% dagegen, 32% dafür

und 29% unentschieden. Bei anderen Mitgliedsstaaten gibt es ein ähnliches Bild. Nichtsdestoweniger wird sich von NATO-Generalsekretär Rasmussen unter dem Druck von Präsident Obama für die Verlängerung des NATO-Einsatzes stark gemacht.

Atlantische Lobby

Das holländische Mandat endet am 1. August 2010. Ungeachtet dessen hat sich die Koalitionspartei CDA seit dem Sommer 2009 für die Verlängerung der Mission stark gemacht, wobei auch argumentiert wurde, dieses könne künftig in anderer Form und in einer anderen Region erfolgen. Der Koalitionspartner PvdA zögerte recht lange, um sich dann gegen eine Fortsetzung des Mandates zu entscheiden, was das Ende dieser Regierung am 19. Februar bedeutete.

Unmittelbar danach startete eine Gegenoffensive der Atlantischen Lobby und holländischer Meinungsmacher: Die Mission müsse fortgesetzt werden, da ansonsten die Niederlande an internationalem Ansehen verlieren würden. Dieses war sogleich das Startsignal zum Wahlkampf für den nun anstehenden Wahltermin am 9. Juni.

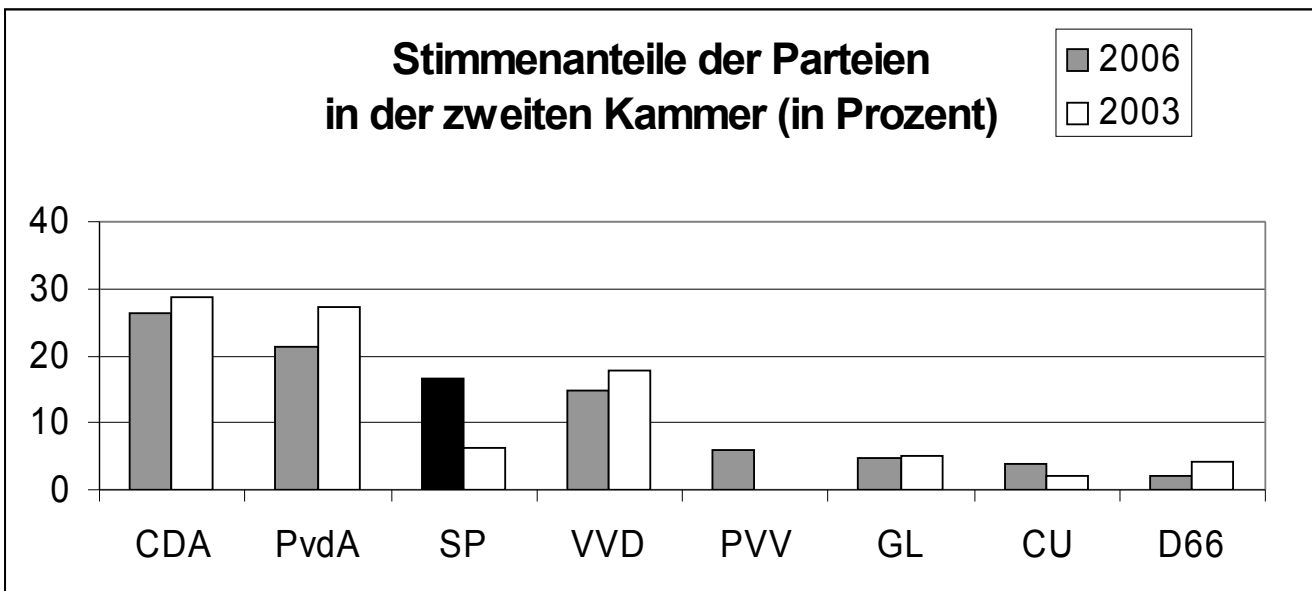
Obwohl die wirtschaftliche Krise und deren Konsequenzen für die Bevölkerung das mit Abstand dominierende Wahlkampfthema sind, spielt die Afghanistan-Tragödie gleichfalls eine Rolle. Die Argumente der Atlantischen Lobby haben natürlich ihre Wirkung bei den Parteien, die sich als akzeptabel für die „Internationale Gemeinschaft“ (womit die USA gemeint sind) darstellen wollen. Am 21. April kündigten die Parteien „Grüne Linke“ und D66 eine Initiative an, mit Forderungen nach mehr Polizeinstruktoren und deren Schutz durch Soldaten. Diese Initiative wurde von den Parteien des rechten Flügels mit unterstützt. Das eindeutige Ziel hierbei ist natürlich die Aufrechterhaltung der militärischen Beteiligung Hollands in der ISAF.

Aus Sicht der SP konnte die PvdA diesen Vorschlag nur ablehnen, da sie kaum anders stimmen konnten, weil exakt dieses zum Sturz der von ihr mit getragenen Regierung beigetragen hatte. Einige Tage später setzte Verteidigungsminister Eimert van Middelkoop (von der Christlichen Union) neue Pflöcke für die weitere Vorgehensweise. Mittlerweile würde ein Rückzug der holländischen Truppen zum 1. August 2010 nicht nur erheblich teurer, sondern auch zeitlich nicht mehr zu reali-

sieren sein. Wenn eine neue holländische Regierung im Sommer ihr Amt antritt, ist es mehr wahrscheinlich, dass ein substanzieller Teil von Truppen und Ausrüstung verbleibt, was dann in eine neue Afghanistan-Mission einfließen könnte, trotz vorausgegangener andersartiger Versprechen gegenüber der holländischen Bevölkerung.

Im Sommer wird ebenso das neue NATO-Strategiekonzept bekannt werden. Zwei Hauptpunkte des Konflikts sind dabei einbezogen: Das andauernde Mandat für weltweite Einsätze, was noch mehr Afghanistans bedeutet und die Fortschreibung der Nukleardoktrin. Mit dem erfolgreichen Druck seitens der SP wurde eine parlamentarische Entschließung verabschiedet, dass Nuklearwaffen nicht mehr länger in Europa gebraucht würden und deshalb abgezogen seien. Auf dem NATO-Treffen in Tallinn wurde jedoch sowohl die Doktrin der nuklearen Abschreckung wie auch die fortdauernde Präsenz von Atomwaffen in Europa festgeschrieben.

Zu beiden Themen bleibt eine andauernde Opposition zur NATO-Politik notwendig, nicht nur zur Wahlkampagne, sondern auch daran anschließend. Die SP wird in dieser Opposition eine führende Rolle einnehmen.



- CDA: Christen democratisch Appel, geführt von Jan Peter Balkenende (Schwesterpartei der CDU)
- PvdA: Parji van de Arbeid, geführt von Wouter Bos (Schwesterpartei der SPD)
- SP: Socialistische Partij (Gruppe der Europäischen Linken/Nordische Grüne im EU-Parlament)
- GL: GroenLinks (Schwesterpartei der Grünen)
- CU: ChristenUnie
- D66: Democaten 66 (Beziehung zur FDP)

(Quelle: Wikipedia, Grafik: Friedensjournal)

IM BLICKFELD

CIA spielt mit Horrorszenarien

Zur Aufrechterhaltung europäischer Moral im Afghanistaneinsatz erarbeitet der US-Geheimdienst brisante Meldungen

Die CIA hat offenkundig Pläne entwickelt, um in Deutschland und Frankreich der Gefahr einer zunehmenden Ablehnung des Afghanistan-Kriegs vorzubeugen. In einem geheimen Memorandum schlägt der US-Geheimdienst konkret Nachrichten vor, "die die Konsequenzen einer Nato-Niederlage speziell für deutsche Interessen dramatisieren". Dazu gehörten etwa Meldungen, inwieweit ein Scheitern des Afghanistan-Einsatzes "Deutschlands Gefährdung durch Terrorismus, Opium und Flüchtlinge erhöht". Sie könnten der "verbreiteten Einstellung entgegenwirken, dass Afghanistan nicht das Problem Deutschlands" sei.

[...]

In dem Papier ist zwar von "Dramatisierung" von Nachrichten die Rede. An keiner Stelle aber wird der Einsatz gefälschter Fakten oder Informationen empfohlen. Die Überschrift "Afghanistan: Aufrechterhaltung westeuropäischer Unterstützung für die Nato-geführte Mission - Warum ein Verlassen auf Apathie nicht genug sein könnte" bezieht sich auf Umfragen, nach denen in Deutschland und Frankreich, den dritt- und viertgrößten Truppenstellern in Afghanistan, etwa 80 Prozent der Bevölkerung eine Ausweitung des Einsatzes ablehnen. Nur 0,1 bis 1,3 Prozent würden hingegen den Krieg am Hindukusch und die Stabilisierung des Landes als wichtigste politische Aufgabe ansehen. Diese geringe Wahrnehmung des Themas bedeute aber zugleich, dass derzeit die Entsendung von Truppen "nicht auf dem Radar der meisten Wähler" sei. Die Gefahr bestehe jedoch, dass sich aus diesem Desinteresse Widerstand gegen die Nato-Mission entwickle. Als Bei-

spiel wird der angekündigte Rückzug der Niederlande aus Afghanistan angeführt.

[...]

Als präventive Maßnahmen empfehlen die Geheimdienstler, in Europa insgesamt "die breite Unterstützung der Afghanen für den Einsatz hervorzuheben". Das Memorandum verweist auf eine Umfrage der Fernsehsender ABC, BBC und ARD vom Dezember in Afghanistan, laut der zwei Drittel der Bevölkerung die Anwesenheit der Isaf-Kräfte begrüßen. "Umgekehrt", so heißt es weiter, "könnten Nachrichten, die die potenziellen negativen Konsequenzen einer Isaf-Niederlage für afghanische Zivilisten dramatisieren, Schuldgefühle bei Franzosen (und anderen Europäern) hervorrufen, sie im Stich gelassen zu haben. Die Aussicht, dass die Taliban mühsam erreichte Fortschritte bei der Schulausbildung für Mädchen rückgängig machen, könnte in Frankreich Empörung provozieren" und "den Wählern einen Grund geben, eine gute und notwendige Sache trotz der Verluste zu unterstützen". Auch zu Deutschland heißt es, "humanitäre Aspekte könnten deutsche Bedenken gegenüber jeder Art von Krieg mindern und ihren Wunsch bekräftigen, multilaterale Anstrengungen zu unterstützen". So sei in Deutschland bei einer Umfrage das Motiv, Verbündeten zu helfen, als einer der Hauptgründe für eine Unterstützung der Isaf angegeben worden.

Als weiterer Hebel zur Sicherung des Rückhalts in Europa wird das hohe Ansehen von US-Präsident Barack Obama genannt. Im Juni 2009 hätten 74 Prozent der Deutschen und 72 Prozent der Franzosen Vertrauen in Obamas Versuche zur Stabilisierung Afghanistans geäußert.

Quelle: Die Welt Online, 3.4.2010

UNO-Folgekonferenz zum NPT-Vertrag: Wichtige Schritte, aber kein Durchbruch

von Xanthe Hall, Abrüstungsreferentin der deutschen IPPNW

Nachdem die Delegierten der 189 Mitgliedsstaaten und über 2000 NGO-VertreterInnen sämtliche Hindernisse, angefangen bei der Vulkanasche in Europa bis zu den endlosen Akkreditierungsschlangen im UN-Gebäude, überwunden hatten, wurde am 3. Mai 2010 die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT = Non-Proliferation Treaty) eröffnet.

Der erste Redner in der Generaldebatte war auch der einzige Staatschef: der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad. Sonst waren nur Außenminister, Vize-Außenminister oder andere niedrigrangigere Politiker zugegen: ein schlechtes Signal, zeigt es doch, für wie wichtig oder eher unwichtig dieses Thema in den jeweiligen Ländern gehalten wird. Am ersten Tag der Konferenz berichteten die Medien haupt-

sächlich von Ahmadinejads Rede und das Verlassen des Saals durch die Vertreter der USA, Frankreich, Großbritannien und den Niederlande. Auch die Offenlegung der genauen Zahl ihrer Atomwaffen durch die USA (es sind rund 5000 zu viel) wurde medial beachtet.

Tatsächlich ist am ersten Tag viel mehr geschehen. Was die internationalen Medien mit ihren westlichen Scheuklappen völlig ausklammerten, war eine echte Sensation: Sowohl die 118 so genannten blockfreien Staaten als auch die Schweiz forderten eine Nuklearwaffenkonvention, einen Vertrag zur Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen. Am 2. Tag gab auch China seine Stimme für eine Nuklearwaffenkonvention ab, als einziger Atomwaffenstaat.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte bereits auf der NGO-Konferenz am 1. Mai, zu einer Nuklearwaffenkonvention aufgerufen und er wiederholte diese Aufforderung bei der Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) und dem Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung (PNND), und noch einmal auf Konferenz der Bürgermeister für den Frieden. Bei seiner Eröffnungsrede in der Staatskonferenz hat er diesen Aufruf jedoch seltsamerweise ausgelassen. Stattdessen schlug er regelmäßige Außenministertreffen vor, um über die nukleare Abrüstung zu sprechen.

Ebenso wenig Beachtung seitens der Medien bekam das Statement der Atomwaffenstaaten (P5 = Permanent 5, die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat) am dritten Tag, in dem sie

ihre Unterstützung für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten erklärten. Das wird als Signal interpretiert, dass bald mehr Druck auf Israel ausgeübt werden wird. In der israelischen Zeitung Haaretz gab es in diesem Zusammenhang sogar einen Artikel mit der Aufforderung, die mangelnde Klarheit in Bezug auf die israelische Atomwaffen aufzugeben.

Zwei kleine, aber wichtige Mitteilungen über multilateralen Verträge genossen gar keine Aufmerksamkeit: Erstens haben die USA die gute Nachricht verkündet, dass sie zwei atomwaffenfreien Zonen ratifiziert haben: Pelindaba (Afrika) und Raratonga (Südpazifik). Die US-Ratifizierungen der Zonen in Südostasien und Zentralasien steht jedoch noch aus. Zweitens hat Indonesien entschieden, nicht mehr länger auf eine Ratifizierung des umfassenden Atomteststopps durch die USA zu warten (was sie bisher als Bedingung aufgestellt hatten), sondern den Vertrag nun ratifiziert. Somit braucht der Vertrag nur noch acht Ratifizierungen, um in Kraft zu treten. Allerdings gehören dazu Ägypten, China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und die USA - kein leichtes Unterfangen.

109 Staaten haben in den ersten vier Tagen der Konferenz offizielle Statements abgegeben. Deutlich wurde dabei, dass es keinen Konsens darüber gibt, was würde den von allen Staaten erhofften Erfolg der Konferenz ausmachen.

Als Fortschritt kann man werten, dass die Atomwaffenstaaten erklärt haben, mit den Ergebnissen der Konferenzen von 1995 und 2000 weiter arbeiten zu wollen. Bei der letzten Überprüfungskonferenz in 2005 hatten die USA unter der Bush-Administration diese Ergebnisse nicht mehr mittragen wollen – vor allem nicht das Dokument „13 praktische Schritte“, das eine erste verabredete Agenda für die nukleare Abrüstung und die so genannte „unmissverständliche Übernahme“ der Zielsetzung einer Abschaffung aller Atomwaffen beinhaltet.

Dieses Mal erwähnten viele Regierungsbeauftragte dieses Dokument in ihren Statements als Grundlage für

weitere Arbeit. Die so genannte „unmissverständliche Übernahme“ solle noch einmal von den Atomwaffenstaaten bekräftigt werden, so die New Agenda Coalition. Diese Aufforderung erhielt auch kräftige Unterstützung durch Japan. Und in der Tat haben die

einem Vertrag wie dem neuen START auf der Abrüstungsbühne noch glänzen zu können, obwohl der Vertrag von den NAM-Staaten mehrfach als enttäuschend kritisiert wurde. Erst müssten die Vorbedingungen für Abrüstung bestehen, darauf beharren die

AktivistInnen der Kampagnen-Fahrradtour mit Ortsschildern "next stop - new york"
Foto: IPPNW / Morgan Freeman



Atomwaffenstaaten im P5-Statement dieser Bekräftigung zugestimmt. Auch ein positives Zeichen.. Der Delegierte Norwegens bezog sich in seinem Statement auf der Forderung der Zivilgesellschaft in seinem Land nach einem Konferenzergebnis, das weitergehe, als ein bloßes Schlussdokument. Das Ergebnis sollte einen konkreten Aktionsplan für die nächsten fünf Jahre enthalten. Am 7. Mai begann im Hauptkomitee I die Arbeit zum Thema Abrüstung. Hier soll in den nächsten Wochen über einen solchen Plan verhandelt werden. NAM hat ein Arbeitspapier vorgelegt, das die volle Umsetzung der 13 Schritte und des Artikels VI (Verpflichtung zur Abrüstung) beschreibt. Beide Gruppen, NAM und NAC, riefen dazu auf, keine weitere Modernisierung oder Neuentwicklung von Atomwaffen zu betreiben. Auch die wichtige Frage nach einer schwindenden Gewichtung von Atomwaffen in den Militärdoktrinen wurde wiederholt angesprochen.

Die Atomwaffenstaaten bleiben jedoch unbeeindruckt und meinen, mit

Atomwaffenstaaten. D.h. im Klartext: Um nukleare Abrüstung zu ermöglichen, müssen alle anderen Staaten erst eine günstige Sicherheitslage schaffen, durch regionale Entspannung, gemeinsame Sicherheit und generelle Abrüstung. Es soll also der sprichwörtliche Karren vor das Pferd gespannt werden. Der Botschafter von Brasilien konterte, die atomwaffenfreien Staaten hätten niemals solche Vorbedingungen für die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen aufgelistet. Und Atomwaffenexpertin Rebecca Johnson sagte: "Wenn wir die Abschaffung aller Atomwaffen verschieben, bis die Welt vor einer Art idealer Schwelle von Frieden und Stabilität steht, werden wir weder Abrüstung noch Sicherheit erreichen."

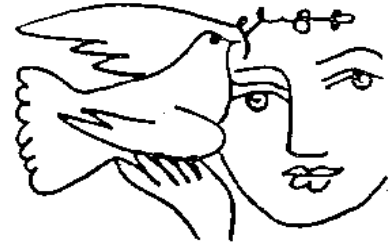
Zwischenfazit nach einer Woche also ist: Von den Medien wenig beachtet, gab es einige sehr positiv zu wertende Signale. Dennoch ist von einer tatsächlichen Wende in punkto Atomwaffen noch nicht viel zu spüren. Es bleibt noch viel zu tun.

Eure Krise ist nicht unsere Krise Eure Kriege sind nicht unsere Kriege

Friedens-Sommerakademie 2010

23. bis 25. Juli 2010

in der IG-Metall-Bildungsstätte in
Beverungen



Die Themen:

- "Rüstung schafft Arbeitsplätze" – Eine Rechnung, die (nicht) aufgeht?
- Gewerkschaftliche und friedenspolitische Alternativen zur Rüstung
- "Aktiv gegen rechts" – Gegen Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rassismus und Neonazismus
- Neoliberale Globalisierung, Kampf um Ressourcen und Krieg – Die neue Welt(UN)ordnung
- "Sozialer Dialog" - Gewerkschaftliche Gegenstrategien in der Krise/zur Krise und Massenarbeitslosigkeit
- Mit der UNO und dem Völkerrecht gegen Rüstung und Krieg
- Kriege beenden: Beispiel Afghanistan
- Konfliktbearbeitung ohne Krieg: Beispiel Naher Osten
- Konfliktbearbeitung ohne Krieg: Beispiel Iran

Nach der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Welt seit 1929 erlebt hat, nach den Turbulenzen um den EURO und den schamlosen Angriffen der Spekulanten auf das internationale Währungssystem stellen sich viele Fragen, die mit den noch vor uns liegenden Krisenfolgen, mit dem Charakter der Globalisierung sowie mit den Ursachen von Arbeitslosigkeit, Hunger, Armut und Krieg zu tun haben. Diskussionsbedarf besteht hinsichtlich der politischen und sozialen Folgen der Krise für die abhängig Beschäftigten, Rentner, Schüler/innen und Studierenden. Diskussionsbedarf besteht aber auch hinsichtlich der Folgen für die Außen- und Sicherheitspolitik von Deutschland, EU und NATO sowie für die zunehmend instabile Lage in den Krisengebieten der Welt.

Die Sommerakademie 2010 des Friedensratschlags betritt Neuland, indem sie die Diskussion und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften nicht nur proklamiert, sondern praktiziert. Spannende Debatten zwischen Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung und betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter/innen sind zu erwarten.

Tagungskosten:

120 EUR / 60 EUR ermäß.

Veranstalter:

Bundesausschuss Friedensratschlag, IG Metall Bildungsstätte Werner-Bock-Schule
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zur Tagungsstätte:

Die IG Metall-Bildungsstätte liegt im Weserbergland in der Nähe von Beverungen. Die Schule ist auf einer kleinen Bergkuppe angesiedelt und bietet eine phantastische Aussicht ins Weserbergland. Der Weserradweg und der Naturpark Solling liegen vor der Tür. Die nächstgrößere Stadt ist Höxter mit Schloss Corvey .

„Es wird gestorben und getötet bei der Bundeswehr!“

von Tobias Pflüger, Vorstand Informationsstelle Militarisierung e.V.,
(Rede beim Ostermarsch in Stuttgart am 3. April 2010)

Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan. Das ist inzwischen auch bei den Regierenden angekommen. Es hat zwar ziemlich lang gedauert, bis sie das zugegeben haben. Aber jetzt ist es offiziell, dass Krieg ist in Afghanistan; dabei wird gestorben und getötet. Erst gestern kamen drei Bundeswehrsoldaten "im Gefecht" - wie es heißt, um. Heute töteten Bundeswehrsoldaten "aus Versehen" sechs afghanische Armeeingehörige. Wir wollen, dass das Töten und getötet werden endlich aufhört. Auch Deshalb fordern wir: Bundeswehr sofort raus aus Afghanistan!

Wir stehen hier vor dem Kreiswehersatzamt in Stuttgart. Hier werden wie in den anderen Kreiswehersatzämtern bundesweit junge Menschen gemustert. Ich kann mich noch sehr gut an meine eigene Musterung erinnern. Ich hatte schon den Kriegsdienst verweigert - wie sich das gehört - und wurde trotzdem nach militärischen Kriterien gemustert. Spätestens heute ist klar: Die jungen Menschen werden hier gemustert für den Kriegseinsatz, wer ist wehrtauglich, wer ist kriegstauglich und wer nicht. Ich will klar sagen: Wir wollen nicht, dass junge Menschen auf Kriegstauglichkeit gemustert werden.

Wir wollen nicht, dass junge Menschen zur Bundeswehr gehen, in den Krieg gehen, deshalb fordern wir sie auf den Kriegsdienst zu verweigern!

Wenn die Bundeswehr Krieg führt und die Bundesregierung die Bundeswehr in den Krieg schickt, muss die Bundeswehr Soldaten rekrutieren. Und die Bundeswehr rekrutiert immer offensiver. Die Bundeswehr rekrutiert an den Arbeitsagenturen, an Schulen, vor allem Berufsschulen, auf Jugendmessen etc. Wir wollen nicht, dass die Bundeswehr dort auftritt, deshalb fordern wir: Bundeswehr raus aus den Schulen, raus aus den Arbeitsagenturen und raus aus den Jugendmessen!

Ich will einige konkreten Zahlen nennen: Die Zielgröße der jährlichen Rekrutierungen ist 20.000 Soldaten. Von den zum Zeitpunkt der Erhebung im Auslandseinsatz befindlichen 6.391 Soldaten, heute sind es ca. 8.500 Soldaten im Auslandseinsatz, waren 3.143 Soldaten aus Ostdeutschland, das sind 49,2 % obwohl die Ostdeutschen nur 20 % der Bevölkerung ausmachen in Deutschland. Bei den 4 Generälen im Auslandseinsatz war kein Ostdeutscher dabei, bei den Stabsoffizieren nur 16,6 % und haltet Euch fest,

bei den Mannschaften waren es sage und schreibe 62,5 % aus Ostdeutschland. Die Bundeswehr und die Bundesregierung nutzen hier die wirtschaftlich und sozial schlechtere Situation in Ostdeutschland schamlos aus, um zu rekrutieren. Wir wollen nicht, dass eine schlechte soziale Situation ausgenutzt wird von der Bundeswehr, um Menschen dazu zu bringen, zur Bundeswehr zu gehen! Geht nicht zur Bundeswehr!

Die Bundeswehr hat die Anforderungen der - wie es heißt - psychologischen Belastbarkeit und Verhaltensstabilität im Jahre 2006 herabgesetzt. Die Zeitung "Die Welt" schrieb dazu: "Es wird praktisch jeder genommen."

Ich habe hier ein Flugblatt der Wehrdienstberatung Stuttgart: Dort heißt es:

"Hauptschule fertig? Bewirb dich in die Mannschaftslaufbahn! Werde vier Jahre lang Soldat in einer Kampftruppe bei den Gebirgsjägern, Fallschirmjägern oder den Panzergrenadiern! - Realschule gemacht? Die Unteroffizierslaufbahn ist das genau Richtige für dich! Wir bieten 65 Ausbildungsgänge aus allen Berufszweigen an. ... Abitur in der Tasche? - Studiere bei der Bundeswehr! Mehr als 20 Studiengänge - von BWL über Medizin bis zu Luft- und Raumfahrttechnik - stehen dir offen. Du willst deinen Traum vom Fliegen wahr machen? Die Grenzen deiner Leistungsfähigkeit neu definieren? Werde Hubschrauber- oder Jetpilot! Auf den Geschmack gekommen? Ruf an!"

Der Job bei der Bundeswehr ist kein sicherer Job, wie es in deren Werbung heißt. Es kann ein todsicherer Job werden, wie die Ereignisse von gestern und heute zeigen. Es wird getötet und gestorben. Deshalb an alle: Verweigert den Kriegsdienst oder gebt den Soldatenberuf auf!

Neben diesen Rekrutierungen betreibt die Bundeswehr umfangreiche



Foto: Berliner Ostermarsch 2010 (Quelle: flickr)

Werbemaßnahmen. Dazu einige Zahlen: 2009 hatte die Bundeswehr fast 1.000 Werbeauftritte, auf Festen, Messen, in Arbeitsagenturen und Schulen. 1.346 mal ist das Musikkorps der Bundeswehr aufgetreten. Es gab 180 öffentliche Gelöbnisse, zwölf große Zapfenstreiche und 98 andere militärische Zeremonien. Es findet also eine Militarisierung der Gesellschaft statt. Und am 30. Juli diesen Jahres will die Bundeswehr in Stuttgart ein Gelöbnis veranstalten. Machen wir es den Münchnerinnen und Münchnern nach, und protestieren wir wirkungsvoll gegen dieses geplante Gelöbnis in Stuttgart! Zeigen wir der Bundeswehr, dass sie in Stuttgart im öffentlichen Raum nicht erwünscht ist. Ich rufe Euch dazu auf, gegen das Gelöbnis zu demonstrieren.

Die Bundeswehr hat neuerdings ein Kriegerdenkmal in Berlin. Offiziell heißt das nicht so. Dort soll der - wie es heißt - gefallenen Soldaten gedacht werden. Was hier passiert, ist eine Glorifizierung des Totes mit dem Ziel für mehr Auslandseinsätze zu werben. Diese Glorifizierung des Totes durch die Bundeswehr lehnen wir ganz klar ab!

Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen. Danach soll die Bun-

deswehr privilegiert an den Schulen Baden-Württembergs auftreten können. Jugendoffiziere sollen wohl auch Unterricht von Lehrerinnen und Lehrern übernehmen können. Wir wollen keine Bundeswehr an den Schulen! Wir fordern, dass diese Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium sofort wieder gekündigt wird!

Interessant ist, dass solche Kooperationsvereinbarungen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz vereinbart worden sind. Die Bundeswehr betreibt hier offenbar eine bundesweite Offensive. Doch es gibt Bundesländer, die lehnen eine solche Kooperationsvereinbarung ab: Dazu gehören Schleswig-Holstein, Bremen, Brandenburg und Thüringen. Baden-Württemberg sollte dem Beispiel dieser Bundesländer folgen, und seine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr wieder auflösen!

Inzwischen wehren sich immer mehr Schülerinnen und Schüler gegen diesen Einmarsch der Bundeswehr an den Schulen. Die Landesschülervertretung in Berlin hat sich gegen die Bundeswehr an Schulen ausgesprochen und in Freiburg gab es eine Demonstration gegen Bundeswehr an Schulen! Wir senden hier vom Ostermarsch Baden-Württemberg unsere solidarischen

Grüße an diejenigen die gegen die Bundeswehr an Schulen protestieren. Wir unterstützen Euch. Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen!

In der Süddeutschen Zeitung vom 26. März gab es einen lesenswerten Artikel über Bundeswehr an den Schulen. Darin wird ein Fall geschildert wie Schülern in Schleswig-Holstein stolz ein Waffensimulator vorgeführt wurde, mit dem Hinweis das sei besser als jedes Computerspiel.

Das ist kein Spiel, was die Bundeswehr hier macht, das ist tödlicher Ernst. Wir lehnen diese Militarisierung von Bildung ab!

Es wird gestorben und getötet bei der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist in Afghanistan im Krieg, im Angriffskrieg. Dort werden immer wieder auch Zivilisten durch die NATO und Bundeswehr getötet. Das hat nicht zuletzt das Massaker von Kunduz gezeigt.

Rein juristisch ist klar, wie der Befehl von Oberst Klein mit den mindestens 145 Toten zu bewerten ist. Juristisch war das Mord. Auch wenn ich nicht glaube, dass es zu einer Verurteilung kommen wird.

Wir wollen nicht, dass Soldaten zu Mörder werden. Auch deshalb wollen wir den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, und wir fordern die Soldaten der Bundeswehr auf, den Kriegsdienst zu verweigern oder - wenn nötig - zu desertieren!

IM BLICKFELD

Pekings Regierungsberater im Interview: "China will USA nicht kopieren"

[...]

Mit dem Beginn der Reformen im Jahr 1978 hat unsere Regierung beschlossen, die wirtschaftlichen Interessen vor unsere Sicherheitsinteressen zu stellen. Meiner Meinung nach sollte sich das ändern.

Frage: Was soll das heißen?

Der Schutz des chinesischen Territoriums, des chinesischen Regimes und des chinesischen Volkes sind nationale Kerninteressen. Und je mehr Wirtschaftsinteressen wir in anderen Ländern haben, umso wichtiger wird es, auch diese militärisch absichern zu können. Aber bisher fehlen der Volksbefreiungsarmee dafür die Kapazitäten.

Frage: Sie fordern also eine stärkere Aufrüstung.

Ja. Internationale Beziehungen werden letztlich immer von Sicherheitsfragen entschieden. In den vergangenen 30 Jahren ha-

ben wir der Modernisierung des Militärs zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst in der letzten Zeit hat sich das begonnen zu ändern.

Frage: Dann dürfte es Sie aber nicht wundern, dass andere Länder Chinas Aufstieg zunehmend als Bedrohung wahrnehmen?

Ich weiß, dass weltweit viel darüber geredet wird, ob China zu einer Kopie der USA wird – oder vielleicht zu einer noch schlechteren Art von Supermacht. Die Frage ist sehr berechtigt. Aber Chinesen und Amerikaner haben eine sehr unterschiedliche Definition von ihren internationalen Interessen. Die USA finden, die ganze Welt solle dem amerikanischen Modell folgen, und betrachten Regimewechsel wie im Irak als Teil ihrer Sicherheitsinteressen. China hat dagegen kein Interesse daran, die Regierungen oder politischen Systeme anderer Länder zu ändern. Das entspricht nicht der konfuzianischen Philosophie, die sagt: Wenn ihr von uns lernen wollt, unterrichten wir euch, aber wir drängen uns nicht auf. [...]

Quelle: FR, 9.4.2010

Rätselhafte Weltmacht China

Renate Dillmann: China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht, VSA-Verlag, 388 Seiten, ISBN 978-3-89965-380-9

Der in den letzten Jahrzehnten erfolgte Aufstieg Chinas zur Weltmacht eröffnet Raum für unterschiedlichste Sichtweisen, Wahrnehmungen und Spekulationen.

Zur Ebene der Sichtweisen gehört der Streit unter Linken darüber, ob China noch als sozialistisches Land anzusehen ist – natürlich keine nebensächliche Frage in Bezug auf gesellschaftliche Perspektiven jenseits des Kapitalismus. Dieser Streit hat durchaus Parallelen zu Kontroversen in früheren Jahrzehnten darüber, ob die Sowjetunion als Land des realen Sozialismus oder als „Sozialimperialismus“ (aus Sicht hiesiger Maoisten) angesehen werden sollte. Die Geschichte hat in diesem Fall sicherlich keiner dieser beiden konträren Positionen recht gegeben. Zu den heutigen Wahrnehmungen bezüglich Chinas gehört, dass in den bürgerlichen Medien und der staatstragenden Politik eine stark verengte Sicht auf Menschenrechtsverletzungen unter einer kommunistischen Führung erfolgt und die Expansion Chinas als bedrohlich anzusehen ist.

Für die Friedensbewegung interessiert vor allem, ob die wachsende Rolle Chinas in der Welt friedenssichernd oder eher friedensbedrohend ist. Schließlich wird immer häufiger das Verhältnis Chinas zu den USA thematisiert, das nach Meinung vieler Experten längerfristig auf eine kriegerische Auseinandersetzung hinausläuft. Dass u.a. auch die militärische Präsenz von USA und NATO in Afghanistan dabei eine Rolle spielen, dürfte unstrittig sein.

Renate Dillmann hat mit ihrem Buch eine umfangreiche Analyse vorgelegt, an der man schwer vorbeikommt, wenn man sich hier ein Urteil bilden möchte.

Ausgangspunkt Ihrer Analyse ist die historisch bedingte Sonderentwicklung Chinas, wozu auch eine kurze

Darstellung der chinesischen Geschichte ab 1800 gehört, d.h. Die im 19. Jahrhundert erfolgte „Erschließung“ Chinas durch den Imperialismus. Es folgen Kapitel über die Geschichte der Kommunistischen Partei und die ersten Jahrzehnte des sozialistischen Aufbaus. Mit diesen Themenfeldern wird der Teil 1: „Sozialismus in der Volksrepublik China“ abgehandelt. Weitere Kapitel werden als Teil 2: „Der Kapitalismus in der Volksrepublik China“ behandelt. Damit gleitet die Autorin allerdings in eine sehr schematische Darstellung und vorgefasste Sichtweise. Schließlich verrät bereits der lange Untertitel ihre eindeutige Sichtweise: „China - Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft, den Aufstieg einer neuen Großmacht“.

Die außenpolitische Entwicklung Chinas kommt in dem Buch leider zu knapp daher. Im letzten Kapitel wird auf ca. 30 Seiten China als kapitalistische Großmacht behandelt. Beschrieben werden hier vor allem die außenpolitischen Konsequenzen aus der Rolle als wirtschaftliche Großmacht. Was komplett fehlt, ist jedoch eine Gegenüberstellung der Außenpolitik zu den früheren Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus. Bekanntlich war die frühere Außenpolitik in Zeiten der ideologischen Gegensätze zur Sowjetunion in manchen Teilen der Welt nicht unproblematisch. Eine Analyse der chinesischen Außen- und Militärpolitik kann aber nur in dieser Historie ansetzen.

Unabhängig von diesen Defiziten lohnt sich aber die Frage, ob ihre vorgelegten Analysen der chinesischen Wirtschaftspolitik zur Erklärung der Rolle Chinas bei aktuellen weltpolitischen Fragen anwendbar sind. Beispielsweise gilt dieses aktuell für die Auseinandersetzungen um den Iran, wo besonders die chinesische Rolle offenbar sehr widersprüchlich ist. Er-

klärbar ist die chinesische Politik aber mit den Thesen von Renate Dillmann durchaus. Sie verweist auf die strategischen Interessen Chinas zur Rohstoffsicherung, wobei der Iran eine wesentliche Rolle spielt. Die Interessen der USA gehen in Zentralasien eindeutig dahin, durch geostrategische Präsenz sich langfristig den Zugang zu Rohstoffen – vor allem gegenüber dem wirtschaftlichen Konkurrenten China – zu sichern. Gleichzeitig gibt es aber einige Gründe dafür, warum China nicht den offenen Konflikt mit den USA eingehen möchte. Die derart sich ergebende Widersprüchlichkeit ist am ehesten als Ausdruck imperialistischer Konkurrenz zu erklären. Dass China gegenüber vielen Ländern der Dritten Welt eher als Wohltäter denn als neokolonialer Ausbeuter auftritt, ist vor dem Hintergrund der direkten Konkurrenz um den Zugang zu Rohstoffen erklärbar.

Dass man die chinesische Politik aber gemäß der Analyse von Renate Dillmann als neuen Imperialismus bezeichnen muss, kann daraus nicht schlüssig abgeleitet werden. Zuzustimmen ist jedenfalls dem kommentierenden Satz auf der Rückseite des Buchdeckels: „China ist ein bemerkenswerter Sonderfall“. Kann man bei einem „Sonderfall“ gleichzeitig von einem „Lehrstück“ sprechen?

Positiv hervorheben ist jedoch, dass das Buch mit 388 Seiten angesichts der komplexen Materie sehr kompakt und übersichtlich strukturiert ist. Neben einem umfangreichen Literaturverzeichnis ist dem Buch auch eine CD-Rom beigelegt, wo auf weiteren 240 Seiten umfangreiche Materialien enthalten sind. Obwohl der analytische Anspruch mit diesem Buch nur begrenzt eingelöst werden kann, ergibt sich damit insgesamt dennoch ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der Entwicklung Chinas.

Karl-Heinz Peil

Aufruf des bundesweiten Aktionsbündnisses zu zentralen Demonstrationen und Kundengebungen am 12.6.2010 in Berlin und Stuttgart:

Wir zahlen nicht für eure Krise! Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau

Die Krise ist nicht vorbei.

Die Regierung setzt auf ein 'weiter so' der neoliberalen Politik. Die Folgen der Krise sollen wir tragen und gleichzeitig mit einer Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen den Aufschwung bezahlen. Die kapitalistische Profitlogik und die massive Umverteilung von Unten nach Oben, die wesentliche Ursache für die Krise sind, sollen auch die Basis für den erhofften Aufschwung bilden. Kein einziges Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors, zur Schließung von Steueroasen oder dem Verbot von

hochriskanten Finanzspekulationen wurde verabschiedet. Die Verluste wurden sozialisiert und die Gewinne können wieder privat angehäuft werden. Die nächste Spekulationsblase baut sich bereits wieder auf.

Jetzt erneut auf die Straße gehen!

Nach den Großdemonstrationen am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt und am 16. Mai 2009 in Berlin ist es höchste Zeit, erneut auf die Straße zu gehen und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Erwerbslosen, Schülerinnen und Studenten/innen zu protestieren. Wir protestieren gegen die Politik von Schwarz/Gelb, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Kopfpauschale, Bildungs- und Sozialabbau, gegen Umweltzerstörung.

Wir fordern:

- Kein Sparprogramm auf Kosten der Allgemeinheit – die Verursacher der Krise müssen zahlen!
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten, z.B. durch Erhöhung von Vermögensteuer und Körperschaftsteuer. Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Ausbildungsplätze für alle und unbefristete Übernahme in ein Vollzeitverhältnis
- Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen – statt Massenarbeitslosigkeit
Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche) und Ausbau der Beschäftigung im sozialen und ökologischen Bereich
- Lohndumping beenden – gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde
- Schluss mit der Hetze gegen Arme und MigrantInnen!
- Statt Hartz IV eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz ohne Repressionen, Abschaffung der Agenda 2010
- Mehr Geld für Bildung, Soziales, Ökologie – mehr Geld für die Kommunen
- Kostenlose gute Bildung für alle
- Weg mit der Rente mit 67
- Statt Massenarbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche)
- Statt Kopfpauschale Einführung der Bürgerversicherung und für ein solidarisches, paritätisch finanziertes Gesundheits- und Pflegesystem
- Finanzsystem regulieren und kontrollieren, Banken vergesellschaften und Spekulationsgeschäfte verbieten
- Krisenbewältigung nicht mit Militärprodukten und Aufrüstung!